



Gute Arbeit.
Gutes Leben.
IG Metall.

Detlef Wetzel

Erster Vorsitzender der IG Metall

Eröffnung

23. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

vom 18. bis 24. Oktober 2015

„Gute Arbeit. Gutes Leben. **IG Metall“**

Frankfurt am Main, 18. Oktober 2015

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine Damen und Herren,
herzlich willkommen in der Messehalle hier Frankfurt.

Frankfurt haben wir gern gewählt für diesen Gewerkschaftstag:
Denn vor fast 125 Jahren wurde hier der Grundstein gelegt für unsere IG Metall.

Bis zum Jahr 1891 hatten sich die Beschäftigten innerhalb ihrer Berufsgruppen zu
Verbänden zusammengeschlossen.

Da gab es den Verband der Feinmechaniker, den Verband der Schlosser, den der
Graveure und so weiter.

Es waren aber immer mehr große Fabriken entstanden, in denen Menschen der
unterschiedlichsten Berufe gemeinsam Waren produzierten.

In Frankfurt kamen deswegen die Vertrauensmänner aus allen Metallberufen
zusammen, um zu beraten, nämlich, ob sie sich nicht zu einem großen
Branchenverband zusammenschließen sollten: So könnten sie die Interessen aller, die in
einer Fabrik zusammenarbeiten, viel besser durchsetzen.

Und die Kräfte gegen die Macht der Unternehmer in der Metallindustrie besser
bündeln.

Damals haben diese Vertrauensmänner also eine neue Form von Solidarität
diskutiert:

Die Solidarität innerhalb einer Belegschaft, und die Solidarität mit allen Menschen,
die in der gleichen Industrie tätig sind.

Man sagt, es wurde leidenschaftlich über mehrere Tage diskutiert.

Dann wurde demokratisch abgestimmt. Die große Mehrheit stimmte für den neuen
Verband.

Und so wurde der Deutsche Metallarbeiter-Verband gegründet, der später zu unserer IG Metall wurde.

Liebe Delegierte,

wie Ihr seht, hatten unsere gewerkschaftlichen Wegbereiter auf diesem Frankfurter Gründungskongress schon drei Prinzipien, die uns auch heute noch auszeichnen:

- die Einheit
- eine offene Diskussion und demokratische Beteiligung.

Ich begrüße Euch also zu unserem „Parlament der Arbeit“.

Ihr werdet in den nächsten Tagen – genauso wie die Kollegen damals – über unsere Zukunft beraten.

Es wird Beschlüsse geben zur Gesellschaftspolitik, zu unserer Betriebs- und Tarifpolitik und zu unserer Organisationspolitik.

Ja, wir werden uns der Zukunft stellen und dabei werden wir aber unsere Traditionen nicht über Bord werfen:

Einheit, Solidarität und Demokratie ...

... waren von Anfang an unsere Leitplanken,

sie sind es heute noch –

Und sie werden es auch in Zukunft sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte betonen: Demokratie ist nicht nur die Form, wie wir politische Prozesse organisieren.

Solidarität ist nicht nur, dass sich Starke für Schwache einsetzen.

Beides zusammen ist viel mehr, nämlich die Voraussetzung für Gerechtigkeit.

Solidarität und Demokratie sind die Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft.

Uns Gewerkschaftern muss man nicht sagen, wie Solidarität im betrieblichen Alltag aussieht. Darin sind wir Expertinnen und Experten. Und um nur einige Beispiele zu nennen:

- Gleiches Geld für gleiche Arbeit,
- fair in Rente,
- Solidarität mit anderen Standorten,
- Respekt und Toleranz im Betrieb.

Wir können stolz darauf sein, was wir uns mit unserem Verständnis von Solidarität vorgenommen haben und vor allem was wir erreicht haben.

Wir ziehen da auch keine Grenze um das Werksgelände.

Für uns gilt: Ein Tarifvertrag für alle, die entlang der Wertschöpfungskette, unserer Produkte, arbeiten!

Und wir ziehen da auch keine Grenze rund um die Republik.

Die Globalisierung hat dem neoliberalen Wirtschaften Tür und Tor geöffnet.

Wichtiger denn je ist daher die Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der ganzen Welt.

Ich begrüße unsere Gäste, die aus dem Ausland angereist sind.

Ich begrüße Ulrich Eckelmann, den Generalsekretär von industriAll Europe sowie den frisch gewählten stellvertretenden Generalsekretär des EGB Peter Scherrer.

Liebe Anwesende,

wir können auch stolz sein, dass wir weit in die Gesellschaft hinein wirken.

Unsere sozial- und bildungspolitischen Forderungen stehen ebenfalls fest auf dem Sockel der Solidarität.

Bildung und Gesundheit dürfen keine Frage des Geldbeutels oder der Herkunft sein.

Und Kolleginnen und Kollegen, es hat mich tief bewegt, zu welcher Größe und Stärke die Solidarität mit den Flüchtlingen gewachsen ist.

Wir haben die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger erlebt. Und ich weiß:

Viele von Euch haben auch als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Gesicht gezeigt. Viele Verwaltungsstellen haben mit Herz und Hand geholfen.

Und – noch wichtiger: Als Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter habt Ihr in den Betrieben die Integration von Flüchtlingen auf die Tagesordnung gesetzt. Das ist gelebte Solidarität!

Der wichtigste Ansatz in der Flüchtlingspolitik ist, den Menschen eine nachhaltige Perspektive zu geben.

Wir werden alle Kraft daran setzen, unseren Beitrag für eine echte Integrationspolitik zu leisten.

Das bedeutet: Die Investitionen in Bildung und Qualifizierung von Flüchtlingen müssen in reguläre Beschäftigung münden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir werden nicht zulassen, dass die Flüchtlinge zum neuen „Argument“ für Lohndumping werden.

Es hat da schon Vorstöße seitens der Arbeitgeber gegeben. Nach dem Motto: Die können erst mal nichts, also bezahlen wir unter Tarif.

Ich sage: Unsere tariflichen Entgeltstufen haben den Spielraum, auch einfachste Tätigkeiten in der Industrie anständig zu bezahlen.

Da gibt es nichts nach unten zu regeln!

ALLE Menschen haben das Recht auf Mindestlohn oder Tariflohn!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,
die Sozialpartnerschaft ist einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren der deutschen
Wirtschaft.

Das bedeutet nichts anderes, als dass Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam
Verantwortung tragen.

Die Fragen von Tarifautonomie, Flächentarifverträgen und Tarifbindung gestalten wir
für alle Menschen.

Unsere Botschaft an die Arbeitgeber lautet: Solidarität und Gerechtigkeit sind unser
erstes Gebot! Daran wird nicht gerüttelt!

Die großen Debatten, die wir als Tarifpartner in den nächsten Jahren führen werden,
werden sich zum Beispiel um den Missbrauch von Werkverträgen drehen, oder auch
um eine moderne Arbeitszeitpolitik.

Wir freuen uns, dass sich die Arbeitgeber heute schon für die IG Metall von morgen
interessieren.

Und damit begrüße ich herzlich: Oliver Zander von Gesamtmetall, Bernhard
Strippelmann vom Arbeitgeberverband Stahl und Reinhard Göhner von der BDA.

Schön, dass auch Martin Kannegiesser zu Gast ist – unser langjähriger Partner bei
Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie und nun Ehrenpräsident von
Gesamtmetall.

Begrüßen möchte ich auch den Vorsitzenden des Vorstands der Bundesagentur für
Arbeit, Frank-Jürgen Weise. Er hat es trotz seiner neuen zusätzlichen Aufgabe
geschafft, heute hier zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,
wen ich heute noch nicht begrüßen kann, das ist Peter Feldmann. Er wird erst
morgen dazu stoßen – er ist der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt.

Einer Stadt, die politisch kaum widersprüchlicher sein könnte:

Für viele ist sie der Inbegriff des Finanzkapitalismus –

mit der Paulskirche aber auch die historische Wiege unserer Demokratie.

Dieses Nebeneinander ist ein gutes Sinnbild für die große Frage, die wir als Gesellschaft beantworten müssen.

Wem überlassen wir die Deutungshoheit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft?

Der Demokratie oder dem Diktat des Kapitals?

Unsere Antwort ist klar: Wer eine gerechte Gesellschaft will, der lässt nicht zu, dass die Mehrheit der Menschen zum Spielball der Interessen einiger weniger wird - einiger weniger, die aufgrund ihres Geldes Macht und Einfluss haben!

Demokratische Mitsprache ist der zweite Grundpfeiler für mehr Gerechtigkeit!

- Die Demokratie ermöglicht uns Freiheit.
Wir können Vereine und Parteien gründen. Wir können frei unsere Meinung sagen und unsere Religion frei wählen.
- Die Demokratie ermöglicht uns, selbstbestimmt zu leben und unsere Interessen durchzusetzen.
- Die Demokratie ermöglicht ein gutes Leben für alle.

Sie funktioniert aber nur, wenn viele sich beteiligen.

Nur dann profitiert auch die Mehrheit der Menschen.

Deswegen sagen wir als IG Metall: Sich beteiligen zu können, ist die Grundlage für Fortschritt! Unsere Erfahrung zeigt: Die Beschäftigten sind die Experten in Sachen Arbeit. Demokratie in der Wirtschaft ist daher zentraler Baustein für wirtschaftlichen Erfolg. Wenn die Beschäftigten mitreden, sind Unternehmen erfolgreicher und können Krisen besser meistern.

Demokratie in der Wirtschaft bedeutet Fortschritt, Interessenausgleich, und sorgt eben auch für Gerechtigkeit.

Wir als IG Metall haben uns vor einigen Jahren selbst die Aufgabe gestellt, eine Beteiligungsgewerkschaft zu werden.

Das war nötig. Denn die Arbeitswelt ist komplex geworden.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

Die Entgrenzung der Arbeit verlangt neue Antworten zur Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben und zur Gesundheitsprävention.

- Bildung und Weiterbildung sind nicht nur Fragen der Jungen. Sie begleiten das ganze Arbeitsleben.
- Durch die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt sind neue Beschäftigtengruppen entstanden, wie Leiharbeiter und Werkverträger.
- Durch Outsourcing und neue Unternehmensformen gelten für die Beschäftigten die unterschiedlichsten Mitbestimmungsrechte.

Ich glaube, es gibt nicht mehr eine Antwort für alle.

Die Interessen sind vielfältiger geworden.

Unsere IG Metall muss lernfähig bleiben.

Ohne unsere bewährten Konzepte der Interessenvertretung zu vernachlässigen – haben wir gesagt: Wir müssen die Mitglieder beteiligen. Eine moderne IG Metall geht nur mit den Menschen.

Auf unserem Weg zur Beteiligungsgewerkschaft haben wir neue Möglichkeiten und Methoden geschaffen – nämlich:

- den Kolleginnen und Kollegen zuzuhören,
- sie zu ermutigen, die Dinge selbst zu gestalten,
- die Meinungen und Trends zu erfassen und sie in alle Ebenen der Gewerkschaftsarbeit zu integrieren.

An dieser Stelle danke ich Euch – den Aktiven in der IG Metall.

Ohne Euch wäre das nicht möglich gewesen. Das war eine Gemeinschaftsleistung, die sich sehen lassen kann:

- Die IG Metall wächst an Mitgliedern.
- Wir gewinnen an politischem und betrieblichem Einfluss.
- Wir sind die größte Gewerkschaft der freien Welt.

Das ist die Bilanz Eurer Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,
wir haben auch keine Nachwuchs-Sorgen: Wir sind der größte politische
Jugendverband in Deutschland.
Von „IG Metall-Verdrossenheit“ keine Spur.
Wir haben es in Deutschland aber mit einer „gewissen Politik-Verdrossenheit“ zu tun.
Und das ist brandgefährlich!

Denn der Sinn von Demokratie ist ja, eine Gesellschaft immer wieder neu danach
auszurichten, dass die größtmögliche Zahl der Menschen ein gutes Leben hat.

Ich rede bewusst von einer „gewissen“ Politik-Verdrossenheit.
Denn wir wissen, dass sich vor allem diejenigen von Politik und Demokratie
abwenden, die vom Rest der Gesellschaft abgehängt sind.

Diejenigen, für die Chancen und Wohlstand zu Fremdwörtern geworden sind.

Ich bin überzeugt es gibt Gründe, nämlich:
wenn Reiche immer reicher werden,
wenn der Lohn nicht zum Leben reicht,
wenn die soziale Herkunft den Bildungsweg bestimmt,
wenn das Finanzsystem tiefe Krisen auslösen kann.

Dann wundert es mich nicht, dass Demokratie immer öfter die Überschrift bekommt
„Interessiert mich nicht. Die machen ja sowieso, was sie wollen“.

Ich bin allerdings auch der Meinung, die Politikerinnen und Politiker hätten mehr
Anerkennung verdient. Denn, und das sage ich in Richtung Politik, seit der letzten
Bundestagswahl bewegt sich endlich was für die 43 Millionen Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer in Deutschland.

Ich freue mich, dass Bundestagsabgeordnete heute hier sind ebenso wie Europa-
Abgeordnete.

Zu uns gekommen sind auch Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der Linken sowie
Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD.

Und auch einen unserer prominenten IG Metall-Mitglieder in der Politik darf ich heute herzlich begrüßen: Unseren Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel. Herzlich willkommen!

Ja, lieber Sigmar, wir freuen uns, dass Du bei uns bist. Aber noch mehr freuen wir uns, dass die jetzige große Koalition endlich wieder richtige politische Weichenstellungen getroffen hat.

Mit dem Mindestlohn, dem Rentenpaket und der Stärkung des Tarifsystems sind wir der Neuordnung des Arbeitsmarkts näher gekommen.

Gut ist auch, dass wir Gewerkschaften in den „Prozess Arbeit 4.0“ im Arbeitsministerium eingebunden sind.

Aber wir warten noch darauf, dass die Politik endlich den Missbrauch von Werkverträgen verhindert.

Das hast Du uns auf dem letzten Gewerkschaftstag versprochen, lieber Sigmar!

Am Freitag kommt Andrea Nahles – sie wird uns hoffentlich über den Stand des Gesetzes zu Werkverträgen informieren.

Den Entwurf werden wir daran messen, ob er das Übel bei der Wurzel packt! Mit ein paar Korrekturen geben wir uns nicht zufrieden!

Unsere Forderungen kennt Ihr:

- Wir brauchen eindeutige Kriterien: Was ist Werkvertrag, was Leiharbeit! Und Regelungen, die die Schlupflöcher für die Arbeitgeber schließen.
- Wir wollen starke Informations- und Vertretungsrechte für die Betriebsräte. Es kann doch nicht sein, dass nicht einmal die Personalabteilung weiß, wie viele und welche Beschäftigte von Fremdfirmen eingesetzt werden. Und es kann auch nicht sein, dass Beschäftigte auf dem Werksgelände arbeiten, aber keinen haben, an den sie sich mit Problemen und Fragen wenden können.
- Und drittens fordern wir: Mitspracherechte.

Der Betriebsrat hat heute beim Outsourcing nur eine Zuschauerrolle. Wir fordern, dass der Betriebsrat in Zukunft darüber mitentscheidet, ob und in welchen Bereichen Werkverträge eingesetzt werden dürfen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
echte Mitbestimmung bei Werkverträgen ist ohnehin nur ein Minimum dessen, was wir eigentlich wollen: Wir wollen eine grundsätzliche Ausweitung der Mitbestimmung.

Deshalb ist klar, und das wird auch Thema in den nächsten Tagen sein:
Wir als Gewerkschaften werden da weiterhin Druck machen mit der „Offensive Mitbestimmung“.

Da spreche ich sicherlich im Namen des DGB und aller DGB-Gewerkschaften.
Ich begrüße an dieser Stelle den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann und die Stellvertretende Vorsitzende Elke Hannack.
Sowie Annelie Buntenbach und Stefan Körzell, beide ebenfalls aus dem DGB-Vorstand.

Außerdem von der IG BAU Robert Feiger, Dietmar Schäfers und Harald Baum,
von der IG BCE Michael Vassiliadis,
von der EVG Alexander Kirchner,
von der GEW Petra Grundmann,
von der NGG Claus-Harald Güster und
die Kollegin Andrea Kocsis von Verdi.

Wir freuen uns sehr, dass ihr da seid.

Fest mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften verbunden sind der Automobilclub Europa – heute hier in der Person des Vorsitzenden Stefan Heimlich – der DGB-Rechtsschutz mit seinem Geschäftsführer Reinhard-Ulrich Vorbau und die GUV, vertreten durch Olaf Hofmann. Herzlich willkommen.

Ich glaube, ich kann auch im Namen aller Gewerkschaften sprechen, wenn ich sage, dass wir zurzeit das Wort „Bundeswirtschaftsministerium“ gern in den Mund nehmen.

Eine Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium, so wie wir sie jetzt erleben, wäre mit den früheren Ministern aus CSU und FDP niemals denkbar gewesen.

An uns lag das nicht: Wir Gewerkschaften standen da vor verschlossenen Türen.

Wohlgemerkt: Die Arbeitgeber durften rein.

Dass nun auch Arbeitnehmer beteiligt werden, ist ein gutes und wesentliches Zeichen in Richtung mehr Demokratie.

Denn die wirtschaftlichen Fragen, die es für die Zukunft Deutschlands zu beantworten gilt, sind von enormer Reichweite für uns alle.

- Wie wird die Zukunft der Industrie aussehen?
- Welche Auswirkungen wird die Industrie 4.0 auf die Beschäftigten haben?

In den Arbeitsgruppen und in unserem neu geschaffenen Bündnis „Zukunft der Industrie“ stehen wir noch am Anfang.

Auch bei der Energiewende gibt es offene Punkte.

Strompreise, Versorgungssicherheit und Klimaschutz müssen miteinander vereinbart werden.

Des Weiteren muss der Emissionshandel so gestaltet werden, dass eine schleichende Deindustrialisierung in den Grundstoffindustrien nicht stattfindet.

Dafür wollen wir uns einsetzen und wir bauen da besonders auf dich, lieber Sigmar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was genau unsere Programmatik in den nächsten Jahren sein wird, darüber debattieren wir ab morgen.

Unser Arbeitspaket ist wie immer prall gefüllt.

Aber so ein Gewerkschaftstag soll ja auch ein Ort des Wiedersehens und des Austauschs sein.

Deshalb begrüßen wir unsere ehemaligen Ersten Vorsitzenden Franz Steinkühler, Jürgen Peters und Berthold Huber sowie unseren ehemaligen Zweiten Vorsitzenden Walter Riester.

Ebenso herzlich begrüße ich die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Ulrike Mascher, sowie den Präsidenten des Sozialverbands Deutschland Adolf Bauer.

Wichtig für uns als IG Metall ist auch der Kontakt zu den Institutionen der Deutschen Rentenversicherung und des Bundessozialgerichts.

Daher begrüße ich den Präsidenten der DRV Axel Reimann, sowie Peter Masuch als Präsidenten des Bundessozialgerichts. Wichtige Bündnis- und Gesprächspartner der IG Metall sind auch die Kirchen, die sozialen Verbände und andere Nichtregierungsorganisationen. Es freut mich, dass sie zahlreich vertreten sind.

Sehr gefreut hat mich die Zusage von Aiman Mazyek. Er ist Vorsitzender des Zentralrats der Muslime.

Eine Premiere – und deshalb ist es eine besondere Freude, Sie hier begrüßen zu dürfen.

Wir freuen uns genauso über viele andere ehemalige Mitglieder des Vorstands, viele Arbeitsdirektoren und viele Gäste aus Wissenschaft und Bildung, aus den politischen Stiftungen und Verbänden und natürlich die Journalistinnen und Journalisten.

Euch und Sie alle namentlich zu begrüßen ist leider unmöglich.

Wir brauchen ja noch Zeit für Reiner Hoffmann und Sigmar Gabriel.

Ihr wisst aber: Ihr alle seid uns herzlich willkommen!

Sie alle sind uns herzlich willkommen!

Vielen Dank.